

Bitkom kritisiert geplante Hintertüren in Kommunikationsdiensten

- **Dehmel: „Wer Verschlüsselungen aufweicht, schwächt die IT-Sicherheit insgesamt.“**

Berlin, 10. November 2020 - Die EU-Mitgliedsstaaten wollen sich dem Vernehmen nach in den kommenden Tagen darauf verständigen, dass Ermittlungsbehörden künftig direkten Zugriff auf bislang verschlüsselte Kommunikation von Diensteanbietern bekommen sollen.

Dazu erklärt Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung:

„Terrorismus und andere Formen schwerster Kriminalität müssen konsequent bekämpft werden können – digital und analog. Behörden müssen dazu fähig und entsprechend ausgestattet sein. Hintertüren in Kommunikationsdiensten können dafür aber nicht die Lösung sein. Wer Verschlüsselungen aufweicht, schwächt die IT-Sicherheit insgesamt. Backdoors sind nicht dauerhaft kontrollierbar und zugleich eine Einladung an Cyberkriminelle und ausländische Nachrichtendienste. Das eigentliche Ziel würde zudem verfehlt, da Kriminelle auf Dienste ausweichen würden, die mit EU-Gesetzen nicht zu erreichen sind. Statt Sicherheit aufzugeben, braucht es vor allem mehr qualifizierte Mitarbeiter in Behörden, die im digitalen Raum ermitteln können.“

Kontakt

Andreas Streim

Pressesprecher

Telefon: +49 30 27576-112

E-Mail: a.streim@bitkom.org

[Download Pressefoto](#)

Felix Kuhlenkamp

Bereichsleiter Sicherheitspolitik

[Download Pressefoto](#)

[Nachricht senden](#)

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bitkom-kritisiert-geplante-Hintertueren-in-Kommunikationsdiensten>